

(Beifall bei der AfD)

Aber während Deutschland durch seine naive und undifferenzierte Politik der Willkommenskultur für jeden und alle unverändert und unverdrossen an seiner ethnokulturellen Selbstabschaffung arbeitet, hat die polnische Regierung in der Weißrusslandkrise genau das getan, was Pflicht eines jeden guten Patrioten und jeder verantwortungsbewussten Staatsführung ist. Sie hat die Grenzen ihres Landes, sie hat deren territoriale Integrität vor dem Ansturm illegaler Zuwanderer und Marodeure geschützt.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Fraktion fordert daher den Landtag auf festzustellen, dass erstens die polnische Regierung ihre Verpflichtungen zum Schutz der EU-Außengrenzen gemäß dem Schengener Abkommen vollumfänglich erfüllt und zweitens somit Deutschland, den Freistaat Bayern und alle anderen europäischen Länder vor illegaler Masseneinwanderung geschützt hat. Wir fordern weiterhin, dass die Staatsregierung den polnischen Ministerpräsidenten mit dem Bayerischen Verdienstorden bedenkt, um ihm und dem ganzen polnischen Volk unsere tiefempfundene Anerkennung auszudrücken.

(Beifall bei der AfD)

Denn das beherzte Handeln der polnischen Regierung bedeutet in seiner Konsequenz nicht nur weniger illegale Einwanderer in Bayern und Deutschland; es sendet zudem ein eindeutiges und unmissverständliches Signal in die Welt, dass sich illegale Migration nach Europa nicht lohnt und nicht toleriert wird. – Bleibt, wo ihr seid, und versucht es erst gar nicht! "No way", wie man in Australien sagt oder wie die Linken sagen: "No pasarán!" An der Festung Europa beißt ihr euch die Zähne aus. Das ist die einzige und richtige Ansage an die Wohlstandspilger aus aller Welt. Die Polen haben diese Sprache souverän und unerschrocken bedient. Dafür gebührt ihnen der Dank aller Bayern, aller Deutschen und aller Europäer.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Den Nachzieher der SPD lehnen wir natürlich ab. Beim Blick auf den Antrag der CSU fällt mir eingedenk des Jahres 2015 Folgendes ein: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Aber bei einem in der Sache richtigen Antrag muss man auch einmal im Gleichschritt marschieren. Darum stimmen wir in diesem Fall zu.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Graupner, denken Sie bitte an Ihre Maske. – Nächster Redner ist der Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage im belarussischen Grenzgebiet ist nach wie vor verzweifelt. Seit August dieses Jahres lässt Diktator Lukaschenko Tausende Migrant\*innen und Migranten nach Belarus einfliegen, um sie dann an die EU-Grenzen nach Polen und Litauen bringen zu lassen. Tausende Menschen sind in den Wäldern und Sümpfen zwischen Polen und Belarus gefangen; bei Minustemperaturen und winterlicher Dunkelheit sind sie dem Kältetod nahe. Das betrifft alle Generationen – von Neugeborenen bis zur Greisin. Es heißt, sie campieren, aber Campinglager, wie wir sie uns vorstellen, sind dort ganz bestimmt nicht zu sehen. Es gibt keine Zelte, keine Wärmendecken und keine warme Kleidung; es hat viele Tote gegeben. Bis heute gab es umfangreiche diplomatische Initiativen, die bislang nur Teilerfolge erzielen konnten.

Die EU hat auf die Länder, über die die Migrant\*innen nach Minsk geflogen sind, geschlossen Druck ausgeübt, damit sich deren Fluggesellschaften nicht an einem von Lukaschenko gelenkten Menschenschmuggel beteiligen. Die EU hat gezeigt, was sie mit ihren rechtlichen Mitteln und mit ihrer Marktmacht erreichen kann. Unser Dank gilt auch unserem Außenminister Heiko Maas.

Auf belarussischer Seite wurden wohl infolge von Telefonaten der geschäftsführenden Bundeskanzlerin Angela Merkel mittlerweile auch Notunterkünfte initiiert, die zumindest einen kleineren Teil der Menschen aus der Eiseskälte holen konnten. Ebenso konnten sich die Betroffenen durch bereitgestellte Rückflüge der humanitären Kältekatastrophe entziehen. Die Telefonate von Frau Bundeskanzlerin Merkel waren richtig. Sie haben den Machthaber, der ja international und auch von der Bundesrepublik nicht anerkannt ist, nicht aufgewertet. Wir finden: Lösungen des Dramas im Namen der Menschlichkeit zu suchen bedeutet nicht, Erpressungen nachzugeben, sondern Wege zu finden, wie wir aus dem Dilemma herauskommen. Besteht akute Lebensgefahr, so verbietet sich Wegschauen und Gleichgültigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Polen hat das Grenzgebiet auf einem Korridor von 15 Kilometern gesperrt. Medien und internationale Hilfsorganisationen haben keinen Zugang, und die illegalen Push-Backs seitens Polen verstoßen gegen europäisches Recht, auch weil Belarus kein sicheres Drittland ist.

Der Schengener Grenzkodex regelt unzweideutig, dass es ein Zurückweisungsverbot gibt. Man darf Schutzsuchende also nicht in die Gefahr zurückstoßen und ihnen das Recht auf einen Asylantrag verwehren. Polnische Grenzschützer, Polizisten und Soldaten haben nicht nur dieses Gesetz mehrfach gebrochen, sondern auch die UN-Kinderrechts-, Menschenrechts- und Flüchtlingskonvention. Klar ist: Es braucht Sanktionen gegen den Diktator Lukaschenko und seine Machtclique, der die Flüchtlinge an die Grenze verbringen lässt und sie wissentlich und willentlich in Lebensgefahr bringt. Das ist ein menschenverachtender, grausamer Zynismus.

Für uns ist auch Folgendes klar: Eine Eskalation des Konflikts bedeutet eine Eskalation der Gewalt und eine Eskalation der humanitären Katastrophe. Kaltschnäuzigkeit gegenüber humanitären Fragen, wie wir sie eben erlebt haben, ist in demokratischen Parlamenten normalerweise nicht üblich. Deshalb empfehle ich dem Hohen Hause, sich nicht zum Komplizen einer grausamen Instrumentalisierung von Menschen und deren Leben zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine europäische Migrations- und Asylpolitik muss human, rechtskonform und nachhaltig sein. Auf die Rechtskonformität legen die Regierungsfractionen großen Wert, möglicherweise auch auf die Nachhaltigkeit. Die Begrifflichkeiten der Humanität kommen in Ihrem Antrag etwas zu kurz; deshalb tun wir uns schwer, diesem zuzustimmen. Wir sind bei Wolfgang Schäuble und geben ihm recht, wenn er eine schnelle humanitäre Lösung fordert und empfiehlt, "eine vorläufige Einreise in die EU [zu] gewähren und zügig geordnete Asylverfahren durch[zuführen], um den dauerhaften Status zu klären und politisch nicht Verfolgte zurückzuführen." – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.